

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Mit Zustimmung des preussischen Staatsministeriums haben, wie gemeldet, die Preise sämtlicher Brennstoffe eine neue beträchtliche Erhöhung erfahren: um 2 Mark für die Tonne Kohle, um 3 Mark für die Tonne Koks und um 1 Mark für die Hausbrandbriketts. Daß das für die gesamte Produktion und damit auch für den gesamten Verbrauch eine neue schwere Belastung bedeutet, ist klar; wir werden voraussichtlich sehr bald mannigfaltigen Bestrebungen begegnen, weitere Preissteigerungen auf anderen Gebieten mit diesen Preissteigerungen der Brennstoffe zu begründen. Ein erheblicher Teil der Kohlenabnehmer ist allerdings durch die hohen Preise, die das Reich für Kriegslieferungen zahlt, in einer nichts weniger als bemitleidenswerten Lage, so daß hier etwaigen unberechtigten Bestrebungen hoffentlich mit Energie entgegengetreten wird, um so mehr, als gerade manche der Größten, vor allem die großen Eisen- und Stahlwerke, durch die Kohlenpreiserhöhung nicht unmittelbar betroffen werden, weil sie eigene Kohlen besitzen und dadurch vom Syndikat unabhängig sind. Andere Betriebe, die auf der Schattenseite der Kriegskonjunktur leben, werden dadurch um so schwerer belastet, wie natürlich auch der private Konsum von der Erhöhung mit starkem Bedauern Kenntnis nehmen wird; hier wird vor allem darauf zu achten sein, daß die tatsächlich eingetretene Erhöhung nicht durch Zwischenstellen noch über das berechnete Maß hinaus gesteigert wird, bis die Kohle und das Brikett zum letzten Konsumenten kommt — eine wichtige Aufgabe für die städtischen Preisprüfungsstellen und die Konsumentenorganisationen.

Daß die Regierung, deren Einfluß ja jetzt in der Hauptsache auf der Möglichkeit einer Höchstpreisfestsetzung beruht, der neuen Kohlenpreiserhöhung nicht leichten Herzens zugestimmt hat, versteht sich von selbst. Es wird uns versichert, daß vor dieser Zustimmung eingehende Untersuchungen über die tatsächlichen Selbstkosten der Gruben vorgenommen worden sind. Das Resultat ist überall eine ganz außerordentliche Erhöhung der Produktionskosten gewesen, und zwar nicht nur durch die Steigerung der Arbeitslöhne, sondern auch durch die Erhöhung der Preise für alle Materialien, namentlich für Schmieröl, für Sprengstoffe, für Grubenbaumaterial usw.; besonders in den letzten Monaten ist diese Erhöhung der Unkosten ganz außerordentlich stark gewesen. Stellenweise im letzten Quartal oder in den letzten 4 Monaten größer als in der ganzen Kriegszeit vorher. Das hat für die Entscheidung der Regierung offenbar den Ausschlag gegeben, dazu die Erwägung, daß im dringendsten Interesse unserer Kriegswirtschaft alle Becken jetzt soviel wie möglich fördern, also auch die schlechter rentierenden einen Anreiz zur Produktion behalten müßten. Ob dieser letztere Gesichtspunkt wirklich zutreffend ist, vermögen wir nicht zu sagen. Wir halten es sehr wohl für möglich, daß eine höhere Produktion gerade dadurch erreicht werden könnte, daß man die vorhandenen Arbeiter, von denen ja die Förderung jetzt in der Hauptsache abhängt, von den schlecht produzierenden Gruben auf den besser produzierenden zusammenzöge, wodurch auch die Selbstkosten der letzteren, die jetzt durch die Produktionseinschränkungen erhöht sind, wieder herabgedrückt werden könnten. Doch müssen darüber natürlich die Sachleute entscheiden. Im übrigen haben wir schon früher betont, daß die bisherigen Gewinnerausweise der Becken trotz der Steigerung der Selbstkosten sehr günstig lauten. Möglich, daß hierin noch Gewinne enthalten sind, die künftig fortfallen, aus der Abstoßung älterer Bestände, die niedrig zu Buche standen, und aus dem Ausführergeschäft, das sehr hohe Gewinne bringt, aber jetzt, nicht zum Nutzen unserer Valuta, wegen der hohen Bedürfnisse unserer heimischen Kriegswirtschaft eingeschränkt werden mußte. Es bleibt abzuwarten, wie die Ergebnisse des letzten Quartals die Notwendigkeit der Preiserhöhung erweisen werden.

Jetzt sind jedenfalls die Preiserhöhungen festgesetzt, und sie müssen getragen werden. Die Ruhrkohle, die während des Krieges in verschiedenen Raten bereits um 3 Mark erhöht worden war, ist damit bereits um 5 Mark höher als der auch schon nicht billige Friedenspreis von 12 bis 15 Mark pro Tonne war. Alle diese Preiserhöhungen vollziehen sich ohne Mitwirkung, ja selbst ohne Anhörung der Abnehmer, sie werden diktiert, vom Syndikat oder von der Regierung, aber jedenfalls billiert. Es wäre ein angemessener Zustand und zugleich eine wichtige Entlastung des Handelsministers von schwerer Verantwortung, wenn man sich endlich entschloße, auch beim Kohlensyndikat einen Beitrag zu schaffen, in dem neben den Produzenten auch die Konsumenten ihre Gesichtspunkte geltend machen könnten. Leider hat das Preussische Abgeordnetenhaus, auch hierin der würdige Ausdruck seiner Zusammensetzung, in dieser Frage vollkommen versagt, als es jetzt bei der Vorlage über den Erwerb der „Sibiria“ die Gelegenheit zur Regelung dieser Frage hatte.